



Pforzheimer Zeitung		Suchbegriff: Ingenieurkammer Zshg.m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wulle	
28.02.2014	Verbreitete Auflage:	37.240	Anzeigenäquivalenz:
Tageszeitung / täglich	Reichweite:	68.150	Seite: 17 / unten rechts

56.367 - 11 - NM - TZ - 25277420 -

Westtangente: Konter der Grünen gegen die Vorwürfe der CDU

RALF STEINERT
PFORZHEIM/STUTTGART

Den Vorwurf der regionalen CDU, das Land habe Geld des Bundes für den Straßenbau verschenkt und damit den lang ersehnten Baubeginn der Westtangente in Pforzheim verzögert, hat die Gemeinderatsfraktion der Grünen Liste zurückgewiesen. „Das ist eine bewusste Irreführung der Bevölkerung“, sagten gestern die Fraktionssprecherin Sibylle Schüssler aus Pforzheim und der für die Region zuständige grüne Landtagsabgeordnete Alexander Salomon aus Karlsruhe.

Die Ausgleichsmittel, die der Bund dem Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) angeboten habe, stünden nicht für neue Bauprojekte wie die Pforzheimer Umfahrung zur Verfügung, so Schüssler. Die Kritik des Bundestagsabgeordneten Gunther Krichbaum sowie der Landtagspolitiker Marianne Engeser und Viktoria Schmid sei „völliger Quatsch und scheinheilig“ – die CDU habe im Januar im Landtag den von Grün-Rot beantragten 20 zusätzlichen Stellen für die Straßenplanung nicht zugestimmt. Im Gegenteil: Die Vor-

gängerregierung unter Führung der CDU habe von 2005 bis 2011 fast 190 Stellen abgebaut, so Schüssler. Das Land hatte diese Woche erklärt, Personalnot in der Straßenbauverwaltung habe im vergangenen Jahr dazu geführt, dass Geld durch die Lappen ging.

Das Land hatte 2012 in einer Rangliste die seit vielen Jahren angestrebte Pforzheimer Westtangente von der Wilferdinger Höhe zur B294 im Brötzingen Tal auf einem vorderen Platz eingestuft. Seither wartet die Stadt auf grünes Licht für den Baustart – bisher allerdings vergeblich. Zurzeit bereitet der Bund den Verkehrswegeplan 2015 vor, mit dem erneut eine Reihenfolge und der Geldfluss für Bauvorhaben festgelegt wird.

Die Ingenieurkammer Baden-Württemberg hat gestern ein Umdenken in der Personalpolitik des Landes gefordert. Die Regierung solle solche technischen Aufgaben beratenden Ingenieuren übertragen. Solche Kräfte seien geeignet für die Straßenbauplanungen. Die Ingenieurkammer habe „bereits vor Jahren vor den Konsequenzen des personellen Kahlschlags in den Technikabteilungen gewarnt“, erklärte eine Sprecherin.